

Des Sultans Traum vom Reich

ANALYSE Wie die Türkei in Syrien an ihrem neuen Imperium bastelt

Es ist auch beim neuen US-Präsidenten angekommen: Donald Trump sprach jüngst aus, was europäische Politiker nur verdruckt sagen: Die Türkei ist maßgeblicher Spieler im syrischen Bürgerkrieg. Der gesungene Sturz des Assad-Regimes sei Resultat türkischer Politik. Ankara habe seit Jahren darauf hingewirkt, und „er hat es hinbekommen“. Mit „er“ ist Präsident Recep Tayyip Erdogan gemeint.

Damit hat Trump tatsächlich die Grundlinie türkischer Nahostpolitik beschrieben: Es geht nicht einfach nur um Einfluss in der Nachbarschaft. Es geht um eine langfristig angelegte Strategie und die grundlegende Korrektur politisch-historischer Ergebnisse der vergangenen 100 Jahre. Man kann das auch neo-osmanischen Imperialismus nennen.

Bereits ziemlich früh im syrischen Bürgerkrieg begann die Türkei, eine Einflussphäre in Nordsyrien aufzubauen. Das geschah zunächst durch die Unterstützung turksprachiger Milizen und später vor allem islamistischer Gruppen. All das geschah im Kontext der Autonomiebestrebungen der Kurden im Norden Syriens, die sehr schnell ein ausgedehntes Gebiet kontrollierten und im Verlauf des Bürgerkrieges zu Hauptgegnern des Islamischen Staates (IS) wurden.

Brutale Kriegführung

Die kurdischen Milizen wurden dabei in ihrem Kampf gegen den IS in begrenztem Umfang vom Westen unterstützt, während das Nato-Land Türkei hinter Milizen stand, die mit dem IS kooperierten. Diese militärischen Auseinandersetzungen endeten mit

einer Großoffensive der türkischen Armee gegen kurdische Verbände im Jahre 2019, die in der Ausweitung der türkischen Einflusszone mündete. Die Türkei ging dabei äußerst brutal vor und setzte nach wie vor auf islamistische Milizen, die sich zum Teil aus Restbeständen Al-Qaidas und des IS rekrutierten.

Allerdings ging und geht es Ankara eben nicht um Kontrolle einer Sicherheitszone im Norden. Es geht in Wirklichkeit um territoriale Erwerbungen. Man kann mit Fug und Recht von einer ethnischen Säuberung im Norden reden. Waren vor dem türki-



Autor ist **Alexander Will**. Er hat unter anderem in Syrien studiert und schreibt über deutsche und internationale Politik.
@Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de

schen Angriff Kurden und Jesiden in der Mehrheit, wurden diese systematisch aus der Region vertrieben. Gezielt siedelten türkische Behörden loyale Sunniten aus Südsyrien und arabische Kämpfer in deren Häusern an. Die Rede ist auch von ethnischen Türken. Daneben betreibt Ankara Sprachpolitik: Das Türkische ist in der Region überall präsent. Die Region wird planmäßig türkifiziert.

Dabei handelt es sich – im Gegensatz zum israelischen Vorgehen im Vorland des Golan – nicht um militärische Sicherung eigenen Gebietes. Dieses Vorgehen ist Teil der türkischen Nahoststrategie, die auf die so weitgehend wie mögliche Wiederherstellung des territorialen Bestandes des ehemaligen Osmanischen Reiches zielt. Diesen „Neo-Osmanismus“ kann man seit

dem Amtsantritt Erdogans gestrost als Leitmotiv türkischer Außenpolitik betrachten.

Geht es nach dem türkischen Präsidenten, bleibt es nicht bei den Gebietserwerbungen in Nordsyrien. Mitte Dezember hielt er auf dem Parteikongress seiner AKP in der Provinz Sakarya eine in Europa wenig beachtete, doch wichtige Rede. Darin fiel der Satz: „Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Städte, die wir Aleppo, Idlib, Hama, Damaskus und Raqqa nennen, unsere Provinzen werden.“ Damit erhob Erdogan Anspruch auf fast das gesamte syrische Staatsgebiet. Es war nicht das erste Mal.

Bis zum Jahre 1918 und der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg waren Syrien, Libanon und das Gebiet des heutigen Israels türkische Provinzen. Der Neo-Osmanismus träumt von der Wiederherstellung dieses Zustandes. Mehr noch: Auch Gebiete, die bereits im 19. und 20. Jahrhundert dem Osmanischen Reich verloren gegangen sind, werden beansprucht. So ist auch das militärische Engagement der Türkei im Bürgerkriegsland Libyen zu erklären sowie die fortgesetzte Besetzung eines Teils Zyprens.

Wüste Drohungen

Auch Griechenland muss sich des türkischen Imperialismus erwehren. 2018 sagte Erdogan über das Ergebnis des Ersten Weltkrieges: „In Lausanne haben wir Inseln weggegeben, so nah, dass eure Stimmen dort gehört werden können, wenn ihr hinüberschreit.

Das waren unsere Moscheen, unsere Schreine.“ 2018 drohte er Griechenland mehrfach mit dem Satz: „Wir könnten plötzlich eines Nachts kommen.“

In Nordsyrien ist die Türkei kurz davor, einen Teil ihres imperialistischen Programms zu verwirklichen. Die Kontrolle über die besetzten Gebiete festigt sich – auch im Rahmen einer erneuten Großoffensive gegen die Restbestände des kurdischen de-facto-Staates in der Region.

Naive grüne Außenpolitik

Fahrlässig erhalten Erdogan & Co dabei Schützenhilfe aus Deutschland. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) forderte in der vergangenen Woche bei einem Besuch in Ankara allen Ernstes die kurdischen Kämpfer auf, die Waffen niederzulegen. Sie sei sich mit der Türkei einig, „dass die kurdischen Rebellen im Norden Syriens entwaffnet und in die internen Sicherheitsstrukturen des Landes eingebettet werden sollen“, zitierte der „Spiegel“. Das bedeutet nichts weniger, als die Kurden der Schlachtbank auszuliefern, dem türkischen Imperialismus freie Bahn zu lassen und den Vorderen Orient weiter zu destabilisieren. Baerbock ist offenbar dabei, die türkisch-deutsche „Waffenbrüderschaft“ des Ersten Weltkrieges wiederaufleben zu lassen.

Verantwortungslosere und naivere Außenpolitik lässt sich kaum denken. Wer nämlich imperiales Großmachtstreben eines so unzuverlässigen wie aggressiven vermeintlichen „Verbündeten“ aktiv fördert, handelt nach dem Bonmot Winston Churchills: Er füttert ein Krokodil in der Hoffnung, dass es einen zuletzt frisst.